

8283/AB
vom 29.12.2021 zu 8421/J (XXVII. GP)
bmi.gv.at

 **Bundesministerium
Inneres**

Mag. Gerhard Karner
 Bundesminister

Herrn
 Präsidenten des Nationalrates
 Mag. Wolfgang Sobotka
 Parlament
 1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.809.143

Wien, am 29. Dezember 2021

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Stephanie Krisper, Dr. Helmut Brandstätter, Kolleginnen und Kollegen haben am 29. Oktober 2021 unter der Nr. **8421/J** an meinen Amtsvorgänger eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Ministeriumsaufträge für ehemalige Mitarbeiter von Ex-ÖVP-Innenminister Ernst Strasser mit fragwürdigen Verbindungen zu Wirecard und BVT“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Eingangs möchte ich festhalten, dass mir keine Informationen über Beteiligungsstrukturen von Unternehmen außerhalb meines Vollzugsbereichs vorliegen. Zudem ist die Ermittlung von Beteiligungsstrukturen von Unternehmen kein Gegenstand in meinem Vollzugsbereich. Darüber hinaus liegen dem Bundesministerium für Inneres keine Informationen über die weiteren beruflichen Tätigkeiten von ausgeschiedenen Bediensteten vor.

Zu den Fragen 1 und 2:

- *An wie vielen und welchen Ausschreibungen Ihres Ressorts beteiligten sich Unternehmen ehemaliger Mitarbeiter_innen des früheren Kabinetts von Ernst Strasser innerhalb dieser sowie der vorangegangenen Legislaturperiode (Zeitraum: Dezember 2017 bis September 2021)?*
 - a. *Um welche Unternehmen handelte es sich hier jeweils namentlich?*

- b. Um welche konkreten Aufträge handelte es sich dabei inhaltlich; mit welchem Leistungszeitpunkt und Leistungsumfang?
 - c. Um welche finanziellen Vergabevolumina (in Euro) handelte es sich im jeweiligen Fall?
 - d. Wurden diese Aufträge ausgeschrieben?
 - i. Wenn nein: Warum nicht?
 - ii. Wenn ja: Welches Ausschreibungsverfahren wurde mit welcher Begründung gewählt?
 - iii. Wenn ja: Wo, wann und in welcher Form erfolgte die Ausschreibung (Bitte um Bereitstellung von relevanten Weblinks oder anderen Quellenverweisen, wenn möglich)?
 - e. Wurden diese Ausschreibungsverfahren durch Ihr Ressort abgewickelt oder ausgelagert (beispielsweise an die Bundesbeschaffung GmbH)?
- Wie viele und welche dieser Ausschreibungsverfahren konnte ein Unternehmen ehemaliger Mitarbeiter_innen des früheren Kabinetts von Ernst Strasser für sich entscheiden?
 - a. Wie gingen die jeweiligen Entscheidungsprozesse im Detail vonstatten?
 - i. Wie viele Bewerber_innen kamen im jeweiligen Fall in die engere Auswahl?
 - ii. Wer traf im jeweiligen Fall die finale Entscheidung, ein Unternehmen ehemaliger Mitarbeiter_innen des früheren Kabinetts von Ernst Strasser zu beauftragen? War diese Entscheidung durch eine Kommission ermittelt worden?
 - 1. Wenn ja: Aus welchen Entitäten (beispielsweise Vertreter_innen Ihres Kabinetts, Ihres Ministeriums im Allgemeinen, hinzugezogener Beratungsunternehmen, beteiligter Interessensvertretungen etc.) bestand diese Kommission im jeweiligen Fall?
 - b. Um welche finanziellen Vergabevolumina (in Euro) handelte es sich im jeweiligen Fall?

Soweit bekannt, gab es keine Beteiligungen. Im Übrigen darf ich auf meine einleitenden Bemerkungen verweisen.

Zu den Fragen 3 und 3a bis 3c:

- Wie viele und welche Direktvergaben Ihres Ressorts ergingen innerhalb dieser sowie der vorangegangenen Legislaturperiode (Zeitraum: Dezember 2017 bis September 2021) an Unternehmen ehemaliger Mitarbeiter_innen des früheren Kabinetts von Ernst Strasser?
 - a. Um welche Unternehmen handelte es sich hier jeweils namentlich?
 - b. Um welche konkreten Aufträge handelte es sich dabei inhaltlich; mit welchem Leistungszeitpunkt und Leistungsumfang?
 - c. Um welche finanziellen Vergabevolumina (in Euro) handelte es sich im jeweiligen Fall?

Auftragnehmer/-in	Leistung	Leistungszeitpunkt	Auftragsvolumina in € inkl. USt
Repuco Unternehmensberatung GmbH	Unterstützung bei der Erstellung der Leistungsbeschreibung für eine Middleware	04.09.2018 bis 06.12.2019	€ 14.400,00

Zur Frage 3d:

- Wie viele und welche Unternehmen wurden im jeweiligen Fall eingeladen Angebote zu legen?

Folgende drei Unternehmen wurden zur Angebotslegung eingeladen:

- SBA Research GmbH
- KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft
- Repuco Unternehmensberatung GmbH

Zur Frage 3e:

- Womit wurde die Entscheidung einer Direktvergabe im jeweiligen Fall begründet (Auftragsvolumen, Dringlichkeit etc.)?

Auftragsvolumen.

Zur Frage 3f:

- Welche Entitäten (beispielsweise Vertreter_innen Ihres Kabinetts, Ihres Ministeriums im Allgemeinen, hinzugezogener Beratungsunternehmen, beteiligter Interessenvertretungen etc.) waren aller in die Suche nach geeigneten Anbieter_innen eingebunden?

Bedienstete der fachlich zuständigen Organisationseinheiten des Bundesministeriums für Inneres.

Zur Frage 3g:

- Wer traf im jeweiligen Fall die finale Entscheidung, ein Unternehmen ehemaliger Mitarbeiter_innen des früheren Kabinetts von Ernst Strasser zu beauftragen? War diese Entscheidung durch eine Kommission ermittelt worden?
 - i. Wenn ja: Aus welchen Entitäten (beispielsweise Vertreter_innen Ihres Kabinetts, Ihres Ministeriums im Allgemeinen, hinzugezogener Beratungsunternehmen, beteiligter Interessenvertretungen etc.) bestand diese Kommission im jeweiligen Fall?

Der Leiter der zuständigen Organisationseinheit. Nein.

Zur Frage 4:

- Haben Sie bzw. Ihr Ressort Kenntnisse über die dubiosen geschäftlichen Beziehungen zwischen ehemaligen Mitarbeiter_innen des früheren Kabinetts von Ernst Strasser, ranghohen Mitarbeiter_innen der Wirecard AG sowie Vertreter_innen des BVT?
 - a. Wenn ja: Sind diese Kenntnisse in die Entscheidungsprozesse, die dazu führten, Unternehmen dieser ehemaligen Mitarbeiter_innen des früheren Kabinetts von Ernst Strasser mit öffentlichen Aufträgen Ihres Ressorts zu trauen, eingeflossen? Wenn ja: Inwiefern?
 - b. Wenn nein: Wie erklären Sie es sich, dass über Unternehmen, die Aufträge Ihres Ressorts erhalten sollten, keine derartigen Informationen im Sinne eines Background-Checks eingeholt worden waren (immerhin sind viele dieser Informationen schon seit geraumer Zeit medienöffentlich, Anm.)?

Meinungen und Einschätzungen unterliegen nicht dem parlamentarischen Interpellationsrecht. Zum Zeitpunkt der Beauftragung gab es keine Bedenken.

Zu den Fragen 5 und 6:

- *Bestanden in der Vergangenheit Geschäftsbeziehungen zwischen Ihrem Ressort und der Wirecard AG?*
 - a. *Wenn ja, von wann bis wann und was genau beinhalteten die Geschäftsbeziehungen?*
- *Bezog Ihr Ressort in der Vergangenheit Leistungen der Wirecard AG?*
 - a. *Wenn ja, von wann bis wann bezog Ihr Ressort welche Leistungen genau?*

Zur Beantwortung dieser Fragen wird hier auf die Beantwortungen der parlamentarischen Anfragen 2927/J und 3216/J verwiesen:

Zu den Fragen 1, 1a und 1c der parlamentarischen Anfrage 2927/J:

- *Wurden seitens Ihres Ressorts Aufträge an die Wirecard AG vergeben?*
- *Wenn ja, wofür jeweils?*
- *Wenn ja, welche finanziellen Volumina umfassten diese Aufträge jeweils, gegliedert nach Jahren?*

Vergebene Aufträge an die Wirecard AG	Auftragsvolumina in € inkl. USt. (gegliedert nach Jahren)	
Für das Projekt „Strafregisterauszug per Internet“:	2004	€ 1.467,48
Im Jahr 2004: Grundvertrag über die einmalige Bereitstellung und Konfiguration der QENTA Zahlungsplattform „QGOV“ („Software“) unter Einbeziehung der Kreditkartenmarken Visa/MasterCard, Diners Club, American Express und JCB. Dauernder Betrieb, Pflege und Wartung der Software.	2005	€ 2.723,16
	2006 bis 2014	jährlich € 2.111,04
	2015	€ 2.224,62
Im Jahr 2004: Vertragserweiterung über die einmalige Bereitstellung und Konfiguration der QENTA Zahlungsplattform „QGOV“ („Software“) unter Einbeziehung der Bank Austria Creditanstalt AG, Bank für Arbeit und Wirtschaft AG, Österreichischen Sparkassenverband und der Raiffeisen Bankgruppe, soweit mit dieser der elektronische Zahlungsverkehr unter Anwendung des eps2-Standard möglich ist.	2016	€ 2.803,50
	2017	€ 2.304,36
	2018	€ 4.761,44
	2019	€ 6.833,80

Dauernder Betrieb, Pflege und Wartung der Software.	2020 bis Ende Juli	€ 2.614,20
Für das „Zentrale Melderegister“: Im Jahr 2012: Vertragserweiterung auf insgesamt 2.500 Transaktionen pro Jahr für die Zahlungsplattform „QGOV“.	jährlich € 2.471,04	
Im Jahr 2014: Zusatzvereinbarung zum bestehenden Vertrag (Änderung der Firmenbezeichnung auf „Wirecard Central Eastern Europe GmbH“ sowie Umlizenzierung von „QGOV“ auf „Wirecard Checkout Page“, gültig ab 1. November 2014.	2014	€ 411,84
	2015 bis 2019	jährlich €2.471,04
	2020 bis Ende Juli	€ 1.441,44

Zu den Fragen 3 und 3a bis 3f der parlamentarischen Anfrage 3216/J:

- *Wurden seitens Ihres Ressorts seit dem Jahr 2005 Aufträge vergeben oder Verträge abgeschlossen mit:

 - a. sonstigen Tochtergesellschaft der Wirecard AG,
 - b. der Wirecard Central Eastern Europe GmbH,
 - c. einem zum Wirecard Konzern gehörenden sonstigen Unternehmen,
 - d. einem Unternehmen, an dem Jan Marsalek, Markus Braun oder Stefan Klestil direkt oder indirekt beteiligt sind bzw zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses beteiligt waren,
 - e. einem Unternehmen, an dem die Wirecard AG oder die Wirecard Central Eastern Europe GmbH direkt oder indirekt beteiligt ist oder zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses beteiligt waren oder
 - f. einem Unternehmen, in dem ein Tochterunternehmen der Wirecard AG maßgeblich Einfluss ausübt oder zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses ausgeübt hat?*

Es gibt aktuell ein aufrechtes Vertragsverhältnis mit der Wirecard Central Eastern Europe GmbH.

(Es wird um übersichtliche tabellarische Auflistung im Hinblick auf nachstehende Fragestellungen ersucht)

Zu den Fragen 3g und 3i der parlamentarischen Anfrage 3216/J:

- *Wenn ja, wann und wofür jeweils?*
- *Wenn ja, welche finanziellen Volumina umfassten diese Aufträge jeweils, gegliedert nach Jahren?*

Vergebene Aufträge	Jahr	Auftragsvolumina in € inkl. USt.
Am 10.05.2005 erfolgte ein Vertragsabschluss zwischen der Paymentsolutions Beratungs- u. Informations GmbH und dem Bundesministerium für Inneres. Der Zweck des Vertrages war die Nutzung einer Plattform zur Zahlungsabwicklungen im Rahmen von Verwaltungsabgaben bei Meldebestätigungen und -auskünften über Anbieter wie beispielsweise VISA, Master, Diners, AMEX, JCB oder EPS. Im Jahr 2010 erfolgte eine Umfirmierung des Unternehmens in Wirecard Central Eastern Europe GmbH. Eine Änderung der Rechtspersönlichkeit erfolgte nicht.	2010 2011 2012 2013 2014 2015 2016 2017 2018 2019 2020 bis 8. Juli	€ 1.690,20 € 1.690,20 € 2.593,44 € 2.064,96 € 3.134,08 € 617,76 € 751,33 € 1.428,44 € 2.163,40 € 2.437,84 € 4.155,14
Für das „Zentrale Melderegister“: Im Jahr 2012: Vertragserweiterung auf insgesamt 2.500 Transaktionen pro Jahr für die Zahlungsplattform „QGOV“.		jährlich € 2.471,04
Im Jahr 2014: Zusatzvereinbarung zum bestehenden Vertrag (Änderung der Firmenbezeichnung auf „Wirecard Central Eastern Europe GmbH“ sowie Umlizenzierung von „QGOV“ auf „Wirecard Checkout Page“, gültig ab 1. November 2014.	2014 2015 bis 2019 2020 bis Ende August	€ 411,84 jährlich € 2.471,04 € 1.647,36

Zu den Fragen 5a und 6a:

- i. *Durch wen wurden die Geschäftsbeziehungen wann vermittelt?*
- i. *Durch wen wurden die Leistungen wann vermittelt?*

Der Grundvertrag zwischen dem Bundesministerium für Inneres und der Firma Quenta Payment Solutions (Vorgänger der Firma Wirecard) über die Bereitstellung und Konfiguration der Quenta Zahlungsplattform wurde 2004 abgeschlossen. Im Jahr 2010 erfolgte die Umfirmierung von Quenta Payment Solutions auf Wirecard CEE. Geschäftsbeziehungen mit Wirecard CEE bestehen daher seit 2010. Im Jahr 2012 erfolgte eine Vertragserweiterung mit Wirecard CEE aufgrund eines erhöhten Bedarfs an Zahlungstransaktionen des Bundesministeriums für Inneres. Im Jahr 2014 erfolgte eine Zusatzvereinbarung zum bestehenden Vertrag (Änderung der Firmenbezeichnung auf „Wirecard Central Eastern Europe GmbH“ sowie eine Umlizenzierung von „QGOV“ auf „Wirecard Checkout Page“, gültig ab 1. November 2014. Am 22.9.2020 erfolgte im Rahmen des Insolvenzverfahrens die Veräußerung der Wirecard CEE an die AURIN Investment Group GmbH. Daraus resultierende Rechte und Verpflichtungen wurden in der Folge auf die neugegründete Quenta Payment CEE GmbH übertragen. In diesem Zusammenhang wurden auch die Kundenverträge übernommen. Eine Vermittlung von Leistungen mit der Firma Wirecard CEE fand daher nur im Rahmen einer Umfirmierung statt.

Gerhard Karner

